



**Zum 1. Tagesordnungspunkt „Informationen des Bürgermeisters“ in der
Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, 12. Dezember 2023 im Saal des
Bürgerhauses in Radevormwald**

Rede von Bürgermeister Johannes Mans

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich erinnere mich oft an den Moment zurück, in dem ich in diesem Saal erstmalig meinen Amtseid als Bürgermeister für die Stadt Radevormwald abgelegt habe. Dieser Moment hat mich tief bewegt und ich habe die Verantwortung, die man als Bürgermeister einer Stadt tragen muss, gerne angenommen und übernehme sie seit acht Jahren jeden Tag.

Als Bürgermeister habe ich mich dazu verpflichtet Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu fällen und das Wohl aller im Blick zu haben, egal ob sie langjähriger Bürger der Stadt sind oder gerade erst nach Radevormwald gezogen sind oder der Stadt zugewiesen wurden.

Als Bürgermeister von Radevormwald haben mich in diesem Jahr zahlreiche Themen bewegt, die mir diese Verantwortung eindrucksvoll vor Augen geführt haben. Radevormwald steht vor zahlreichen Herausforderungen: Vor einer angespannten Haushaltslage, dem Neubau eines Bildungszentrums, vor Fragen der Inneren Sicherheit. Die Verantwortung, die ich als Bürgermeister trage, nehme ich ernst und deswegen ist es mir heute ein ganz besonderes Anliegen, mich persönlich an Sie zu wenden.

Die Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland spaltet derzeit die Gesellschaft. Eingebettet in einen Sozialstaat neigen die deutschen Politiker dazu die Probleme, die durch unkontrollierte Zuwanderung entstehen, zu verharmlosen. Wer die Prämissen eines Sozialstaates ernst nimmt, der muss auch erkennen, dass wir nicht mehr so sozial agieren können, wie es der Sozialstaat eigentlich verlangt, wenn unsere Flüchtlingsunterkünfte überlaufen, wenn wir nicht mehr der Aufgabe der Integration nachkommen können und das soziale Gefüge, das ist meine persönliche Einschätzung, aus den Fugen gerät. Ein Sozialstaat ist nur dann funktionsfähig, wenn er nicht unter der Last sozialen Handels zusammenbricht und diese Gefahr sehe ich.

Der Amtseid begleitet mich in meiner täglichen Arbeit im Rathaus und in der Mitte von Radevormwald. Ich habe mich dazu verpflichtet, dem Wohl der mir anvertrauten Gemeinde Rechnung zu tragen. Das Prinzip der Fürsorge war schon vor meinem Amtsantritt als Bürgermeister in Radevormwald der sinnstiftende Leitgedanke meines beruflichen Wirkens. Der Dienst für den Menschen stand und steht auch heute noch im Zentrum meines Berufslebens.

Ich bin mir darüber bewusst, dass ich als Hauptverwaltungsbeamter der Stadt Radevormwald auch an vorderster Stelle dafür verantwortlich bin, dass die kommunalen Pflichtaufgaben erfüllt werden. Und dieser Pflicht werde ich nachkommen.

In den meisten Fällen befinden sich der Amtseid eines Bürgermeisters und die Erfüllung seiner kommunalen Pflichtaufgaben im Einklang miteinander, doch derzeit hat sich für mich ein Konflikt zwischen diesen Aufgabenstellungen herausgebildet, zumindest in dem Themenbereich der Flüchtlings- und Asylpolitik.

In der gegenwärtigen Situation, mit steigenden Flüchtlingszahlen und steigenden Versorgungs- und Aufnahmequoten für die Kommunen, ergibt sich für mich eine Kollision in der kritischen Betrachtung meiner Pflichtenstellung als Bürgermeister. Ich kann nicht beiden Pflichten, der Unterbringung von Flüchtlingen und meinem Amtseid, der mich anhält dem Wohle aller Rechnung zu tragen, so vollumfänglich nachkommen, wie es mein eigener Anspruch an meine Arbeit verlangt.

Die Stadt Radevormwald ist als verhältnismäßig kleine Gemeinde zurzeit aus meiner Sicht nicht mehr in der Lage, weitere Flüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen, ohne den sozialen Frieden zu gefährden. Die erschöpften Kapazitäten - räumlich, aber insbesondere personell und auf der Seite des Ehrenamtes - machen es uns schwer, eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten zu gewährleisten. Nur mit der Anmietung von privatem Wohnraum ist es derzeit noch möglich die geflüchteten Menschen mit menschenwürdigen Unterkünften zu versorgen und kein Flüchtlingslager, zum Beispiel in einer Turnhalle, zu installieren. Doch auch diese Möglichkeit wird uns nicht grenzenlos zur Verfügung stehen. Aber was ist mit den anderen Aufgabenstellungen, denen wir uns im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen stellen müssen?

Ich sehe mich als Bürgermeister in der Pflicht nicht nur die Unterbringung von Menschen zu gewährleisten, sondern auch für ihre Integration, für ihre Gesundheit und für die Aufrechterhaltung ihrer Würde zu sorgen.

Ich sehe mich als Bürgermeister in der Pflicht unsere Ehrenamtler nicht zu überstrapazieren, die Schulen und Kitas nicht vor unlösbare Herausforderungen zu stellen und das gesellschaftliche Leben nicht zu überfordern.

Ich sehe mich als Bürgermeister in der Pflicht, mich für eine sichere Stadt und ein stabiles soziales Gefüge einzusetzen.

Diesen Pflichten und dem Anspruch stets zum Wohle der Menschen in meiner Kommune zu entscheiden, kann ich bei den weiter steigenden Flüchtlingszahlen nur noch schwer gerecht werden. Und ich appelliere an alle Amtsträger diese Pflichten ernst zu nehmen und nicht einfach weiter hinzunehmen, dass immer mehr Menschen in die Städte vermittelt werden. Die Kommunen werden überlastet, immer mehr dem hohen Gut der kommunalen Selbstverwaltung beraubt und niemand fragt sich, wer die vielen Aufgaben leisten soll oder was mit den Menschen passiert, die in völlig überforderte Städte vermittelt werden?

Das ist meiner Meinung nach völlig verantwortungslos.

Angesichts dieser Umstände sehe ich mich als Bürgermeister außerstande, weitere Zuweisungen protestlos hinzunehmen. Die verantwortungslose Verteilung von geflüchteten Menschen hinzunehmen und das jenseits der Grenzen der Leistungsfähigkeit von haupt- und ehrenamtlichem Einsatz, halte ich für fahrlässig. Ich bin nicht dazu bereit, Weisungen, die das soziale Gefüge und all unsere Ressourcen strapazieren, protestlos auszuführen. Das spricht gegen die Fürsorge, die ich gegenüber Radevormwald empfinde. Denn ich als Bürgermeister bin auch dazu verpflichtet unverzüglich Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen bei dem unmittelbaren Vorgesetzten geltend zu machen. Und auch dieser Pflicht bin ich nachgekommen.

Nach dem Beamtenstatusgesetz sehe ich mich dazu gehalten, gegen die Weisung, weitere Flüchtlinge und Asylbewerber in der Stadt Radevormwald aufzunehmen, nachdem die Aufnahmekapazitäten erschöpft sind, förmlich zu remonstrieren und damit Einspruch gegen weitere Zuweisungen zu erheben. Selbstverständlich werde ich die Weisungen zur weiteren Aufnahme von Flüchtlingen, sollten sie trotz meiner Bedenken aufrechterhalten werden, weiterhin erfüllen - wie ich sie seit meinem ersten Amtseid immer erfüllt habe - aber nicht ohne meine Bedenken öffentlich deutlich und auch förmlich geltend zu machen.

Obwohl ich mich persönlich und in meiner Rolle als Bürgermeister niemals von Problemen in meiner Stadt distanzieren würde, ist es mir ein Anliegen förmlich von der Verantwortung zurückzutreten, weitere geflüchtete Menschen in Radevormwald aufzunehmen und denen, die mir weisungsbefugt sind, diese Verantwortung zu übertragen. Ich kann sie jedenfalls nicht mit meinem Amtseid und meiner Verantwortung allen Menschen gegenüber in Radevormwald vereinbaren.

Ich appelliere an alle Amtsträger sowie an die Politiker auf Länder- und Bundesebene die kommunale Verwaltungsebene nicht länger über die Maßen zu strapazieren, damit wir nicht nur noch reagieren, sondern auch agieren können, um unseren vielfältigen Pflichten gerecht zu werden. Ich wünsche mir eine offene und perspektivreiche Diskussion über die aktuelle Flüchtlingspolitik, die Probleme klar benennt und das Wichtigste, das Wohl aller in den Fokus rückt ohne dabei die Leistungsfähigkeit der Kommunen maßlos zu überschätzen. Und ich hoffe, dass Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat, diese Diskussion unterstützen.